

Cancun gescheitert – ein Signal der Verzweiflung an die Industriestaaten

Rainer Tetzlaff

Schocks in der Politik sind nicht immer heilsam für die beteiligten Akteure, aber meistens nützlich für die Öffentlichkeit. Sie lüften für kurze Zeit den trügerischen Schleier der diplomatischen Fassadendiplomatie, die sich nicht selten in beschönigender Rhetorik nach außen und hartem Armtwisting hinter den Kulissen äußert. Nur selten einmal werden reale Interessenkonflikte zwischen Staaten aus dem Norden und denen aus dem Süden so transparent, wie jüngst im mexikanischen Cancun geschehen, wo am 14. September 2003 eine Mammutkonferenz von 146 Staaten wegen unvereinbarer Standpunkte regelrecht platzte. Das Spektakuläre daran war, dass die politischen Repräsentanten der Armen die Vertreter der reicheren Industriestaaten regelrecht im Regen stehen ließen und so auf deren „Gunsterweisungen“ verzichteten – in den Augen der Armen kümmerliche Brotsamen vom Tisch der Reichen.

Es war ein Gipfel der Heuchelei: Seit Jahren fordern die Reichen von den Armen offene Grenzen, während sie selbst Bauern und andere Branchen immer absurder subventionieren. Im Jahr 2002 hatte die US-Regierung ein neues Farmgesetz erlassen, das vorsieht, in den kommenden zehn Jahren die Subventionen für die Farmer um 70% auf insgesamt 190 Milliarden Dollar aufzustocken. Diese Zuschüsse machen etwa die Hälfte des Nettoeinkommens der US-Bauern aus. Die EU-Bauern werden neuerdings nicht mehr durch garantierte Mindest- oder Interventionspreise für ihre Produkte subventioniert (was zu den absurden und teuren Überproduktionen führte), sondern werden für ihre Leistungen im Umwelt- und Naturschutz bezahlt sowie für „Landespflege“. Aber das hohe Niveau der Subventionen soll erhalten bleiben.

Eine Gruppe frustrierter Delegierter aus Entwicklungsländern deklarierte nach der Vorlage eines „Kompromisspapiers“ des WTO-Managements in Cancun, dass es keinen Sinne mehr machen würde, weiter zu diskutieren, da sich nun gezeigt hätte, dass sich die Industriestaaten allen wesentlichen Forderungen aus der Dritten Welt bezüglich der Liberalisierung der Märkte für Getreide, Zucker, Baumwolle, Rindfleisch etc. auch weiterhin verschließen würden. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende!

Man kann sie gut verstehen, die enttäuschten Delegierten aus Uganda, Mali, Senegal, Indien etc. – die über ihre arroganten Gesprächspartner aus dem Norden empört waren, weil diese predigten, was sie selbst für sich nicht als verbindlich ansahen: Liberalisierung und Öffnung der ohnehin kaum wettbewerbsfähigen fragilen Märkte der Entwicklungsländer nun auch für Dienstleistungen (Versicherungen, Banken) aus aller Welt, bei gleichzeitiger Weigerung, die Subventionierung ihrer eigenen Agrarmärkte abzubauen. Wenn man schon diese an sich unbegreifliche *Doppelmoral* der Industriestaaten nicht substantiell ändern konnte – wird sich so mancher Dritte-Welt-Delegierter gedacht haben –, dann wollen wir sie mindestens an den Pranger stellen und sie von der empörten Zivilgesellschaft im eigenen Land angreifen lassen.

Dieses Kalkül ist – wenigstens teilweise – aufgegangen: Alle Welt – vor allem die Kirchen, die Nicht-Regierungsorganisationen und die Solidaritätsgruppen – redet nun seit einigen Wochen von dem „*Scherbenhaufen von Cancun*“, wie es dazu kommen konnte, ob nun die WTO am Ende sei und wie es überhaupt weitergehen könnte – multilateral mittels eines neuen Anlaufs oder nur noch bilateral, was offensichtlich die Bush-Administration favorisiert. Bilateralismus wäre wirklich ein Rückschritt; denn dann wären die Entwicklungsländer wieder einzeln dem Druck der starken Industrieländer ausgesetzt. Es geht dabei zur Zeit hauptsächlich um das nationale Recht von Regierungen, Investitionsschutzbestimmungen in Kraft halten zu dürfen (wie es etwa Präsident Mahathir in Malaysia erfolgreich getan hat und was zur Zeit Chile gegen eine vergleichbare Forderung der US-Regierung versucht).

Dabei hatte die jüngste WTO-Runde in Cancun im September 2003 eine „*Entwicklungsrunde*“ zum Wohl der ärmeren Staaten der Dritten Welt werden sollen – kompensatorisch für enttäuschte Hoffnungen in der Vergangenheit. Auf der vorangegangenen Handelskonferenz in Doha 2001 hatten die Industriestaaten gelobt, das nächste Mal auf die Anliegen der Entwicklungsländer aus Afrika, Lateinamerika und Asien stärker eingehen zu wollen als bisher. Vor allem ging es dabei um die Forderung der tropischen und subtropischen Agrarexportländer nach Öffnung der abgeschotteten Märkte der Industrieländer und das Unterlassen der Subventionen an die eigenen Bauern für Exporte zu Dumpingpreisen. Nur durch den Abbau des leidigen *Agrarprotektionismus* der reichen Staaten der Europäischen Union und Nordamerikas – 300 Milliarden Euro jährlich! – könnten einige der ärmsten Entwicklungsländer hoffen, selbst höhere Exporteinnahmen für ihre Produkte zu erzielen. Nur so könnten sie davon träumen, allmählich einmal aus ihren Schulden buchstäblich „herauswachsen“ und ihre Ausfuhren diversifizieren zu können.

Doch die 5. Welthandelskonferenz unter der Regie der World Trade Organisation WTO platzte – wie schon vier Jahre zuvor die 3. Welthandelskonferenz in Seattle/USA – wegen einer unheiligen Kombination aus nördlicher Interessenegoismus und südlicher Hartnäckigkeit, gepaart mit Frustration und Zorn. Beide Seiten – sowie das WTO-Management als koordinierender Katalysator – hatten daran ihre Schuldanteile, aber fairer Weise muss der Seite die größere Schuld am Scheitern zugemessen werden, die über die größeren Handlungsoptionen verfügte und trotzdem sich nicht als *partnerschaftsfähig* erwiesen hat.

Schon im Vorfeld der Konferenz hatte z.B. der EU-Agrarkommissar *Franz Fischler* deutlich gemacht, dass er an Kompromissen gar nicht interessiert sei und nur die Interessen der europäischen Bauern im Blick habe, die täglich zwei Dollar

Subventionen für jede Kuh erhielten. Auf die Frage nach dem Abbau der Agrarsubventionen in der EU erklärte er, „ja natürlich“ werde er „das Recht auf Unterstützung der EU-Landwirte energisch verteidigen“: „Es geht nicht an, dass einige unserer Handelspartner von uns fordern, dass wir die Landwirtschaft in Europa mit allen Arbeitsplätzen, den Umweltleistungen und dem kulturellen Erbe einfach aufgeben. Die Gesellschaften überall auf der Welt müssen das Recht haben zu entscheiden, welche öffentlichen Güter und Dienstleistungen für sie wichtig sind und welche sie unterstützen wollen“ (FAZ vom 9.9.2003, S. 16).

Aus Sicht der Entwicklungsländer war dieser offizielle EU-Standpunkt pure *Heuchelei* und Bestätigung der Inanspruchnahme des Faustrechts des Stärkeren: Denn genau dieses Recht auf Schutz der nationalen Arbeit (wie Friedrich List gesagt hätte) können nur die reichen EU-Staaten sowie die USA und einige konkurrenzstarke Schwellenländer in Anspruch nehmen bzw. sich herausnehmen. Den weniger konkurrenzfähigen und kreditabhängigen Entwicklungsländern dagegen wird von Seiten der WTO, der Weltbank und des IWF stets beigebracht, den neoliberalen *Washingtoner Konsens* zu befolgen: d.h. Liberalisierung des Außenhandels, Deregulierung der Wirtschaft und Privatisierung der Betriebe. Man nennt das dann Struktur Anpassung. Warum müssen sich immer nur die schwächeren Handelspartner an die Spielregeln der stärkeren anpassen? Kein Wunder, wenn diese nur sehr willkürlich praktizierte angeblich liberalisierte Weltwirtschaftsordnung von vielen schwächeren Marktteilnehmern aus der Dritten und Vierten Welt als von Grund auf *ungerecht* angesehen wird und manchmal trotzig bekämpft wird.

Dabei hatte es bereits *vor Cancun* nicht an Zeichen an der Wand gefehlt. So lehnte eine Gruppe afrikanischer Länder die Aufnahme von Verhandlungen zu den vier sogenannten „Singapur“-Themen als weder sinnvoll noch möglich ab: Es ging dabei um Konzessionen an „global players“ bezüglich Investitionsschutz, Wettbewerb, Transparenz im öffentlichen Beschäftigungswesen und Handelserleichterungen. In Cancun waren dann Entwicklungsländer, als *Gruppe 21* eine selbstbewusste Lobby von Agrarexporteurern bildend, aufgetreten und forderten den Schutz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Entwicklungsländern, deren Regierungen es sich nicht leisten können, ihre Bauern zu subventionieren. So sind sie schutzlos den Dumpingpreisen der Industrieländer ausgeliefert, die ihre verfehlte Planwirtschaft fortsetzen, statt endlich mehr Marktwirtschaft und damit höherer Verbraucherpreise zuzulassen.

Geradezu rührend ist die Initiative von vier westafrikanischen Baumwollstaaten zu nennen, die sich in Cancun mittels eines „Baumwolltages“ gegen die Subventionspolitik der USA und der EU bezüglich Baumwolle zur Wehr zu setzen versuchten. *Baumwolle* ist eines der wenigen Produkte, bei dem afrikanische Produzenten wettbewerbsfähig sind. Außerdem leben vom Anbau des „weißen Goldes“ etwa zehn Millionen Bauernfamilien Westafrikas. Die Regierung der Vereinigten Staaten subventioniert ihre 25.000 Baumwollpflanzer jährlich mit vier Milliarden Dollar; die EU ihre Baumwollproduzenten in Spanien und Griechenland mit 160% – gemessen am Weltmarktpreis. Dadurch sind die Exportchancen der Afrikaner dramatisch gesunken, was zu einer weiteren Verarmung dieser Länder führen muss. Was bleibt mittelfristig anderes, als zu emigrieren?

Man kann die Pleite von Cancun nicht einmal „als Weckruf für den Westen“ begrüßen, denn allen Verantwortlichen war schon vorher klar, dass der Wirtschafts-

egoismus der Industriestaaten zu dem unanständigen Handelsprotektionismus der Reichen geführt hat und politisch gewollt ist. Cancun hat den Nord-Süd-Konflikt weiter zugespitzt; die westlichen Industriestaaten, selbst in arger finanzieller Bedrängnis, haben sich für eine echte solidarische Entwicklungspartnerschaft als nicht reif erwiesen. Dennoch bleibt zu hoffen, dass alle Beteiligten aus Fehlern und kurz-sichtigen Fehlentscheidungen lernen und auf einer nächsten WTO-Konferenz (und sie wird es geben!) der Idee eines *fairen* globalen Handels im Geiste von Adam Smith – gleiche *Voraussetzungen* für Marktteilnahme aller Anbieter *schaffen!* – zum Durchbruch zu verhelfen. Denn zur Globalisierung der Märkte gibt es zur Zeit keine Alternative.